

## Hirschfeld-Eddy-Stiftung

## Menschenrechtskonferenz in St. Petersburg

Rund 100 Personen diskutierten am 26. und 27. Oktober 2012 in St. Petersburg über die „Bedeutung, Herausforderungen und Perspektiven der Antidiskriminierungspolitik in der Russischen Föderation“ und in Osteuropa. Einen guten Einstieg fand der Menschenrechtsbeauftragte der deutschen Bundesregierung Markus Löning, der in einem sehr engagierten Impulsreferat klarstellte, dass für die EU homophobe Gesetze wie das St. Petersburger Verbot der Propagierung von Homosexualität nicht hinnehmbar sind. Zum einen stelle ein solches Gesetz eine Behinderung der Arbeit von Menschenrechtsbeauftragten dar, andererseits sei es in eher konservativen Gesellschaften wie der russischen ein besonders gefährliches Signal. Löning die russische Regierung auf, ihre Verpflichtungen als Mitgliedsstaat des Europarates einzuhalten und die Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu achten und zu schützen.

Igor Kotschetkow vom *Russian LGBT Network* und Annette Hecker vom Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) lieferten einen Überblick über die Verfolgungsgeschichte von Lesben, Schwulen und Transgenderpersonen in Russland und Deutschland, stellten die verschiedenen Wege und Ansätze einer Wiedergutmachung für Opfer dar und betonten, dass es auch darum gehen müsse, die entsprechenden Lehren aus der jeweiligen Verfolgungsgeschichte zu ziehen.



Referenten auf der Menschenrechtskonferenz in St. Petersburg am 26. und 27. Oktober 2012



Die Parlamentsabgeordneten Volker Beck aus Deutschland und Robert Biedroń aus Polen gingen in ihren Beiträgen auf die Bedeutung von Antidiskriminierungsgesetzen für Lesben und Schwule in ihren Ländern ein und zeigten die Widerstände auf, die es noch immer gegen eine umfassende Antidiskriminierungsgesetzgebung gibt. Zudem erläuterten sie die Zusammenarbeit mit ihren russischen KollegInnen, etwa auf Delegationsreisen des Menschenrechtsausschusses oder – wie im Fall von Robert Biedroń – als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

Ksenija Kiritschenko und Valerij Sosajew vom *Russian LGBT Network* lieferten eindrucksvolle Schilderungen nicht nur über

Diskriminierungserfahrungen, die LSBT-Personen in Russland machen; sie präsentierten auch Ergebnisse ihrer beeindruckenden Arbeit im Bereich der Opferberatung, der Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit sowie des „Monitoring“, der Beobachtung und Dokumentation von Diskriminierungsfällen. Gerade dieser Arbeit kommt eine große Bedeutung zu, da aus ihr gesetzgeberische Notwendigkeiten und konkrete Forderungen an die Politik abgeleitet werden können.

### Ergebnisse

Am zweiten Konferenztage wurden in drei parallelen Workshops Empfehlungen für eine umfassende Antidiskriminierungsstra-

tegie erarbeitet. Sie richten sich an die russische Regierung und die Gouverneure der Regionen, die Regierungen anderer osteuropäischer Staaten, die Zivilgesellschaften und die Menschenrechtsbeauftragten der russischen Regionen. Der Themenkatalog reicht von der Aufhebung der homophoben „Propaganda“-Verbotsgesetze und einem verstärkten Rechtsschutz für LSBT-Personen in Russland über die Zusammenarbeit der LSBT-Organisationen mit Antidiskriminierungsstellen, Politik und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft, die Anti-Gewalt-, Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit in Schulen, Organisationen der Zivilgesellschaft, mit Gewerkschaften, Medien und Universitäten bis hin zu Lehren aus der Geschichte, der Verfolgung von Lesben und Schwulen in der Zeit des Nationalsozialismus und in sowjetischer Zeit und die sich daraus für uns heute ergebende menschenrechtspolitische Verantwortung.

An der Konferenz nahmen auch russische Ombudspersonen bzw. Beauftragte für Menschenrechte aus den Regionen Astrachan, Woronesch, Tomsk, St. Petersburg und Moskau sowie u. a. Organisationen wie *Memorial*, *Juriks*, das Menschenrechtszentrum der Region Perm und die Moskauer Helsinki-Gruppe als Partnerorganisation teil. Aus Weißrussland war das *Belarussische Helsinki-Komitee*, eine allgemeine Menschenrechtsorganisation, gekommen. Die Allianzenbildung und Vernetzung der vertretenen

LSBT-Organisationen aus den russischen Regionen und dem benachbarten Ausland mit allgemeinen Menschenrechtsorganisationen und Institutionen konnten so gestärkt werden.

Die Zusammenarbeit mit den Ombudspersonen, Schulungen und Aufklärungsveranstaltungen für diese zum Thema LSBT und Menschenrechte wurden besonders betont. Es gehe nicht nur darum, was diese Institutionen in diesem Bereich tun können, sondern auch um die Unterstützung der Menschenrechtsbeauftragten durch die LSBT-Community. Das Bewusstsein für die Thematik müsse gestärkt werden. Die Ombudsfrau aus Tomsk erklärte, dass neues Wissen immer auch mit einem Mentalitäts- und Einstellungswandel einhergehe.

Die Menschenrechtsbeauftragten sollten in die Erarbeitung von Entwürfen für Antidiskriminierungsgesetze eingebunden werden, sie sollten durch Austausch über die westeuropäischen Modelle aufgeklärt werden. Auch sollte ein Runder Tisch der Ombudspersonen eingerichtet werden, hieß es einmütig. Die Bedeutung der Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden, von Polizeischulungen und Aufklärungsveranstaltungen wurde ebenfalls betont. Besonders hervorgehoben wurde in mehreren Beiträgen auch die Bedeutung des Monitoring von Diskriminierungsfällen als Hinweis für die Notwendigkeit einer umfassenden Antidiskriminierungsgesetzgebung.

## Ausblick

Igor Kotschetkow betonte in einem Beitrag die Wiederherstellung der historischen Wahrheit und die Wiedergutmachung für die Opfer politischer Repression. In Deutschland sei, wie in Konferenzbeiträgen mehrmals berichtet wurde, einiges geschehen, in Russland jedoch noch nichts. Im kommenden Jahr, zum 20. Jahrestag der Entkriminalisierung von Homosexualität in Russland, wolle man eine Aufklärungskampagne zum Thema starten und sich endlich mit den Geschichten und Lebensläufen von Opfern der anti-homosexuellen Strafverfolgung in sowjetischer Zeit auseinandersetzen.

Eine Schlussrunde versuchte sich an einem Ausblick zur Antidiskriminierungspolitik in Osteuropa. Mut machte Robert Biedroń, der erste offen schwule Abgeordnete im Sejm. Er verwies auf das polnische Beispiel: Bereits 1932 wurden dort homosexuelle Handlungen entkriminalisiert, und dennoch stritt man im konservativen katholischen Polen noch vor einigen Jahren über homophobe Gesetzesentwürfe und diskriminierende Äußerungen in Parlamentsdebatten. Durch die Zusammenarbeit mit Menschenrechtsorganisationen und aufgeschlossenen PolitikerInnen sowie die Verpflichtungen Polens als Mitglied der des Europarates und der EU konnten diese Zwischenspiele mittlerweile überwunden werden, so Biedroń.

Auch Björn van Roozendaal von ILGA-Europa hob die enormen Anstrengungen hervor, die die LSBT-Bewegung in Russland und einigen anderen osteuropäischen Staaten in den kommenden Jahren zu bewältigen



Die Konferenz fand ungeachtet des Verbots der Propagierung von Homosexualität in St. Petersburg statt.

haben werden. Er plädierte dafür, strategisch vorzugehen und sich auf das jeweils Machbare zu konzentrieren. Schritt für Schritt könne die Situation verbessert werden. Er begrüßte die Konferenzergebnisse. Ein eher pessimistisches Bild zeichnete Andrij Majmulachin aus der Ukraine: Gerade sei ein Antidiskriminierungsgesetz vom Gesetzgeber verabschiedet worden, doch der habe „sexuelle Orientierung“ und „Geschlechtsidentität“ bewusst nicht als geschützte Kategorien darin aufgenommen. Er befürchte, die Empfehlungen und Forderungen blieben, was die Ukraine angehe, schöne Worte auf dem Papier. Überraschenderweise lieferten Wasil Sankowitsch und Sjarkej Androsenka, die beiden Vertreter aus Weißrussland, das als einzigem Staat Europas wegen Menschenrechtsverletzungen die Mitgliedschaft im Europarat verwehrt wird, ein nicht ganz so pessimistisches

Bild (siehe Bericht zu Belarus auf S. 34).

Igor Kotschetkow wies darauf hin, dass die Konferenz für das *Russian LGBT Network* eine Feuerprobe war. Man habe zum ersten Mal eine derart große internationale Konferenz durchgeführt und die Prüfung bestanden. Er dankte nicht nur den Kooperationspartnern, der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“, dem Auswärtigen Amt, der Hirschfeld-Eddy-Stiftung und der Moskauer Helsinki-Gruppe, die die Konferenz ermöglicht haben. Er dankte auch all den LSBT-AktivistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen in Russland und Osteuropa, die unter extrem schwierigen Bedingungen arbeiten und dennoch nicht aufgeben, sondern am Ball bleiben und für mehr Rechte und Schutz für ihre Lebensweisen kämpfen.

KLAUS JETZ

Zwei Menschenrechtsaktivisten berichten

# Belarus: Der Kampf geht weiter

**Sjargej Androsenka** (Сяргей Андросенка) ist Vorstandsmitglied des LSBT-Menschenrechtsprojekts „GayBelarus“ (ГейБеларусь), das seit 2008 aktiv ist und seit 2010 auch Diskriminierungsfälle und Gewalttaten gegen Lesben und Schwule dokumentiert. Immer wieder werden Schwule beim Verlassen einschlägiger Clubs oder von Gay-Partys zusammengeschlagen, berichtet er. Immer häufiger würden auch Gewalttaten nach Online-Datings registriert. Im vergangenen September wurde in Brest ein 17-jähriger Gymnasiast nach dem Unterricht überfallen und schwer verletzt, nachdem er in der Schule von einer Freundin als schwul geoutet worden war. Die Opfer wenden sich nicht an die Polizei, da sie befürchten, ausgelacht oder beleidigt zu werden. Einige aber kommen zu *GayBelarus*, und dort unterstützt man den Weg zur Polizei. *GayBelarus* erstattet immer häufiger auch Anzeige wegen homophober Beleidigungen und Gewaltaufrufen in den sozialen Netzwerken.



Sjargej Androsenka kämpft mit dem LSBT-Menschenrechtsprojekt „GayBelarus“ gegen homophobe Gewalt.

Vom 5. bis 11. Oktober 2012 fand in Minsk zum dritten Mal die Gay-Pride-Woche mit über 1000 TeilnehmerInnen und 22 Veranstaltungen zu kulturellen und menschenrechtlichen The-

men statt. Auch wenn dies formal nicht legal sei, wird die Aktionswoche dennoch nicht verboten, da es sich um nicht öffentliche Veranstaltungen hinter verschlossenen Türen handle und die Miliz beide Augen zudrücke. Man habe also auch heuer wieder über die reale Diskriminierung von Lesben, Schwulen und Transgenderpersonen in Belarus informiert, jedoch keinen Marsch durchgeführt, weil dieser nicht genehmigt werde.

Auch mit der Eintragung des Vereins gebe es Probleme. Bisher ist keiner einzigen LSBT-Gruppe in Belarus die Eintragung als Ver-

ein gelungen. *GayBelarus* verfüge zwar über alle Strukturen einer NGO – ein Büro, Mitarbeiter und auch finanzielle Mittel –, bloß die Registrierung fehle, man betrachte sich also weiterhin als eine Initiative.

Wasil Sankowitsch (Василь Санкович) vom *Belarussischen Helsinki-Komitee* berichtet von den Bemühungen einiger Nichtregierungsorganisationen, die Öffentlichkeit für ein Antidiskriminierungsgesetz im Land zu sensibilisieren. Dieses Bündnis arbeite auch mit *GayBelarus* zusammen, man führe gemeinsame Veranstaltungen und Treffen durch. Eine Antidiskriminierungsgesetzgebung sei in Belarus kaum vorhanden. Zwar verbiete die Verfassung Diskriminierung, und vielleicht finden sich am ehesten im Arbeitsrecht Gleichbehandlungsansätze. Im Alltag aber spiegle sich dies nicht wider.

Die Miliz des Landes verletze regelmäßig das Versammlungsrecht und verhafte immer wieder Personen, die nicht angemeldete Versammlungen durchführen. Auch erhalten Nichtregierungsorganisationen keine Registrierung. Andere unliebsame Organisationen verlieren ihre Registrierung und werden von Amts wegen aufgelöst. Als Beispiel nennt Sankowitsch den Fall des „Viasna“-Menschenrechtszentrums, das vor einigen Jahren aus fadenscheinigen Gründen geschlossen wurde. Der ehemalige Vorsitzende, der Menschenrechtler Ales Bialiatski, sitzt heute im Gefängnis. Die Strafverfolgungsbe-

Ängste? Depressionen?  
Coming out-Probleme?  
PartnerInnenkonflikte?

**Mag.<sup>a</sup> Jutta Zinnecker**

Diplompsychologin, Lebens- und Sozialberaterin

Ich biete psychologische Beratung und kontinuierliche Gespräche an: Bei o. g. Problemen, bei Lebens-, Schul- und berufsbedingten u. a. Krisen. Alle Altersgruppen.  
Telefon: (01) 522 54 90

hörden hatten ihm Steuerhinterziehung zur Last gelegt, da er Projektgelder aus dem Ausland nicht als Privatvermögen versteuert habe.

Am 8. Dezember, so Sjarkej Androsenka, werde in Minsk eine nationale Konferenz von LSBT-Gruppen stattfinden. Aus allen Regionen und Minsk werden je zehn Personen teilnehmen, um über Fragen wie den Gay-Pride im nächsten Jahr, die Zusammenarbeit mit den oppositionellen Parteien und die Teilnahme an demokratischen Demonstrationen wie dem „Tag der Freiheit“ am 25. März oder dem „Tschornobyl-Marsch gegen menschliche Verantwortungslosigkeit“ am 26. April zu diskutieren. Die AktivistInnen fürchten eine Teilnahme an diesen Demos, weil es immer wieder zu Übergriffen kommt, auch wenn sie auf das Mitführen von Regenbogenfahnen verzichten. Sie wissen nicht, ob Polizeikräfte oder homophobe Gruppierungen hinter diesen Attacken stecken.

Seit fünf Jahren versucht Sjarcej, eine Demonstration zum Gay-Pride anzumelden. Dies wird jedoch regelmäßig abgelehnt. Und genauso regelmäßig reicht *GayBelarus* dagegen Beschwerde ein. Im Ablehnungsbescheid ist immer von öffentlicher Ruhestörung die Rede. Beim ersten Gay-Pride 2010 nahmen an der nicht genehmigten Demonstration rund 40 Personen teil, zwölf wurden verhaftet. Und am internationalen Tag gegen Homophobie 2011 verteilten 15 Personen Postkarten gegen Homosexuellenfeindlichkeit, und alle wurden festgenommen. Da man auch in diesem Jahr keine Erlaubnis für eine Demonstration am 10. Oktober erhalten hatte, mietete *GayBelarus*

eine Straßenbahn, schmückte sie mit Regenbogenfahnen und fuhr damit durch Minsk.

Menschenrechts- und Antidiskriminierungspolitik sei in Weißrussland unbekannt, der Menschenrechtsausschuss des Parlaments reine Kosmetik, so Sjarcej, sinnvolle Arbeit finde dort nicht statt. *GayBelarus* arbeite jedoch mit anderen Organisationen aus dem In- und Ausland zusammen, insbesondere die Vernetzung mit anderen AktivistInnen aus Osteuropa sei wichtig. Dies sei auch der größte Nutzen, den man aus der Teilnahme an der St. Petersburger Konferenz ziehe (vgl. Bericht auf S. 32). Besonders interessant seien die russischen Erfahrungen mit den Ombudspersonen, die es in Belarus nicht gebe. Und die erarbeiteten Empfehlungen zur Antidiskriminierungsgesetzgebung nehme man mit nach Hause, auch wenn wahrscheinlich nicht viel davon umgesetzt werden könne. Sie seien aber auch für Belarus interessant; und besonders wichtig sei, dass an der Erarbeitung auch Leute aus anderen osteuropäischen Ländern, vor allem aus Russland, mitgearbeitet hätten.

Man lasse sich eben nicht entmutigen. Ende 2012 werde *GayBelarus* eine Dokumentation in englischer und weißrussischer Sprache über Fälle von homophober Diskriminierung und Gewalt veröffentlichen. Man beabsichtige, diesen Bericht an Regierungseinrichtungen, die Regierungspartei und oppositionelle Parteien und Nichtregierungsorganisationen zu schicken. So wolle man die Gesellschaft über die Problematik aufklären und sie dafür sensibilisieren. Der Kampf gehe weiter.

KLAUS JETZ

schalk.pichler  
gruppen.praxis

## „Wir kümmern uns um die Probleme des schwulen Mannes.“

Mo-Do 9-12 Uhr und 13-15 Uhr  
weitere Termine gegen Vereinbarung

Dr. Horst Schalk + Dr. Karl Heinz Pichler  
Ärzte für Allgemeinmedizin

Alle Kassen und privat

Zimmermannplatz 1 | 1090 Wien  
T. +43 1 4080744 | E. praxis@schalkpichler.at

LÖWENHERZ  
die Buchhandlung für Schwule und Lesben

SO  
SCHÖN  
RONALD M. SCHERNIKAU

Ronald M. Schernikau  
**So schön**  
D 2012, 116 S., geb.

Mit „So schön“ setzt der „letzte Kommunist“ Schernikau der Schwulenbewegung Westberlins – wie er sie in den 80er Jahren erlebt hat – und der Stimmung dieser Zeit ein literarisches Denkmal.

**Buchhandlung Löwenherz**  
Mo bis Do 10-19 Uhr, Fr 10-20 Uhr, Sa 10-18 Uhr  
tel (01) 317 29 82, buchhandlung@loewenherz.at  
www.loewenherz.at  
1090 Wien, Berggasse 8

LAMBDA  
nachrichten

35